

23. April 2009

Der Kapitalismus hat versagt – gehen wir neue Wege!

Die derzeitige Weltwirtschaftskrise ist die schlimmste Krise seit 1929 und bedeutet das endgültige Ende des angelsächsisch dominierten Finanzkapitalismus. Das hochdotierte Finanzsystem der Industriestaaten ist wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen. Der Griff der Manager und Anleger nach immer höheren Renditen auf Kosten des eigenen Fundaments, sprich dem Eigenkapital, hat dem perversen Spiel mit Geld ein Ende gemacht. Jahrzehntlang wurde die Eigenkapitalrendite durch Aufnahme von Fremdkapital in die Höhe getrieben, nur um auf dem Finanzmarkt besser da zu stehen respektive Aktienkurse in Höhe schnellen zu lassen.

Heute hat sich gezeigt, dass der Neoliberalismus in der Vergangenheit nichts als warme Luft produziert hat. Die Lebensbedingungen haben sich verschlechtert, die ökonomische Sicherheit der ArbeiterInnen ist an ihrem Tiefpunkt angelangt. Die Arbeitslosenzahl steigt ununterbrochen an, obschon die volle Wucht der Krise die Realwirtschaft noch nicht erfasst hat. Solche Krisen sind nicht nur Liquiditätskrisen, wie anno 1929 angenommen wurde, sondern ein Versagen des Modells des freien Marktes, denn wo bleibt Smiths unsichtbare Hand? Zeigt nicht ausgerechnet der jetzige Schrei der Bürgerlichen nach Staatsinvestitionsschnellschüssen die Scheinheiligkeit jenes Modells? Klar ist der Staat kein vernünftiger Wirtschaftsakteur, wenn er von den neoliberalen Heuchlern bloss zur Übernahme von Schrottpapieren gezwungen wird.

Bund und Kantone haben lange die Augen vor der Realität verschlossen. Diese Krise hat sich in den letzten Dekaden durch die Politik der bürgerlichen Parteien langsam angebahnt. Somit haben die Schmiergeldzahlungen der Wirtschaft an die Mitte- und Rechtsparteien ihre Wirkung nicht verfehlt. Das Primat, Überordnung der Politik über die Wirtschaft, wurde geopfert. Die wahren Leidtragenden sind nicht die AnlegerInnen, die ihr Kapital verloren haben oder die Manager, die auf der Strasse stehen, sondern die Jungen, welche im Sommer keine Lehr- oder Arbeitsstelle finden, die Familien, welche aufgrund von Kurzarbeit auf weniger Einkommen zurückgreifen können und die Kleinunternehmen, welche keine Kredite für Investitionen mehr erhalten.

Deswegen fordert die SP Aargau, dass

- **Aktionäre wie auch Obligationäre zur Rechenschaft gezogen werden.** Der Bund und die Kantone sollen über eine Auffanggesellschaft Teile der angeschlagenen Banken übernehmen, dabei dürfen die Arbeitsplätze von normalen Angestellten nicht verloren gehen. Diese Übernahme erfolgt erst nach der Liquidierung aller toxischen Papiere auf Kosten der Aktionäre und Obligationäre.
- **Banken keine privaten Konsumkredite mehr bewilligen.** Denn Konsumkredite haben keine Nachhaltigkeit und dienen lediglich den hohen Renditen der AnlegerInnen.
- **Derivative Anlageinstrumente verbietet werden.** Es dürfen nur noch Anlageinstrumente mit einem realen Gegenwert und nachgewiesenem volkswirtschaftlichen Nutzen gehandelt und verkauft werden.
- **Der Kanton sofort einen Lehrstellenfonds realisiert.** Viele Unternehmungen werden aufgrund der Krise auf neue Lehrstellen verzichten, obschon diese gerade in einer Rezession unabdingbar sind. Der Fonds unterstützt die Unternehmungen beim Schaffen neuer Lehrstellen und dämpft somit die Jugendarbeitslosigkeit.
- **Der Kanton LehrabgängerInnen und AbsolventInnen von Mittelschulen leichteren Zugriff zu Stipendien verschafft.** Von der Krise sind gerade Jugendliche überdurchschnittlich stark betroffen. Durch gezielte Weiterbildung können sie ihre Chance auf dem Arbeitsmarkt vergrössern.
- **LehrabgängerInnen am Ende der Lehre weiterbeschäftigt werden.** Lehrbetriebe müssen zur Weiterbeschäftigung der jungen Arbeitnehmer einen Anreiz erhalten. Teilfinanziert durch die ALV sollen die Anstellungen vorerst für weitere 12 Monate mit einem leicht reduzierten Ausgebildeten-Salär weitergeführt werden.